

Anfrage vom 16.07.2018	
-------------------------------	--

Eingang bei L/OB:

Datum:

Uhrzeit:

Eingang bei 10-2.1:

Datum:

Uhrzeit:

Antrag

Stadträtinnen/Stadträte – Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Betreff

Keine Plastiktüten mehr auf städtischen Flächen!

Anfang Juni haben wir den Antrag „Nachhaltigkeit im Veranstaltungsmanagement und –programm“ (Nr. 160/2018) gestellt, in dem wir die Verwaltung auffordern, Feste in Stuttgart möglichst nachhaltig und verantwortungsvoll zu organisieren. Dazu gehört beispielsweise der Einsatz von Mehrweggeschirr anstatt Wegwerfgeschirr aus Plastik.

Bereits im Jahr 2015 haben wir einen Vorstoß gemacht („Plastiktüten Ade?! Möglichkeiten eines freiwilligen Verzichts auf Plastiktüten in Stuttgart prüfen“; Antrag Nr. 15/2015), in dem wir den freiwilligen Verzicht auf Plastiktüten in Stuttgart anregten und weitreichende Aktivitäten forderten, um diesem Ziel näher zu kommen.

Doch noch immer werden an zahlreichen Ständen der Stuttgarter Wochenmärkte ungefragt Plastiktüten ausgegeben. Wenn diese nicht gewollt werden, ist oftmals ein aktiver Hinweis notwendig.

Wir meinen, angesichts immer mehr Plastik in unseren Meeren und Müllbergen ist es an der Zeit, Plastiktüten auf den Stuttgarter Wochenmärkten, der Markthalle, dem Weihnachtsmarkt und anderen Veranstaltungen auf städtischen Flächen nicht mehr zuzulassen. Zahlreiche Geschäfte in der Innenstadt werben bereits mit dem vollständigen Verzicht auf Plastiktüten. Es gibt zahlreiche Alternativen, von Mehrwegverpackungen (Tragetaschen aus Stoff, etc.) über recyclebare Papiertüten.

Wir beantragen:

1. Auf städtischen Flächen und in Einrichtungen der Stadt Stuttgart werden keine Plastiktüten mehr ausgegeben.
2. Die Verwaltung (z.B. das Umweltamt) erarbeitet in Zusammenarbeit mit Märkte Stuttgart eine entsprechende Infokampagne, um die verheerenden Auswirkungen von Plastik darzustellen und Verbraucherinnen und Verbraucher für den Verzicht auf Plastiktüten zu sensibilisieren.
3. Der Antrag wird im Ausschuss für Umwelt und Technik sowie im Ausschuss für Wirtschaft und Wohnen behandelt und zur Abstimmung gestellt.



Andreas Winter



Anna Deparnay-Grunenberg